



**Rede der Kreisvorsitzenden der LINKEN Teltow-Fläming, Kornelia Wehlan,  
auf der 1. Tagung des 2. Kreisparteitages am 28. November 2009 in  
Dobbrikow, Gemeinde Nuthe-Urstromtal**

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

vor zwei Jahren wurde bundesweit in Berlin DIE LINKE gegründet, danach in der Stadt Brandenburg unser Landesverband und am 3. November 2007 hatten wir unseren Gründungsparteitag in Luckenwalde auf Kreisebene, der auch die kreislichen Gremien neu wählte.

Mit dem Beschluss zu den „Kommunalpolitischen Leitlinien“ des Kreisverbandes haben wir damals den Startschuss für unsere Partei- und Mandatsebene zum Kommunalwahljahr 2008 gegeben und von unten wichtige inhaltliche Signale gesetzt in Vorbereitung auf die Europa-, Bundes- und Landtagswahlen.

Anrede,

ich weiß nicht, wie es euch so geht, aber, wenn ich diese Zeiträume von zwei Jahren betrachte, frage ich mich schon, wo die Zeit geblieben ist. Eben noch waren wir im Superwahlkampfjahr und heute sind wir am Vorabend der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit der SPD, den GRÜNEN, dem Bauernverband und der FDP und auf Landesebene seit drei Wochen in rot-roter Regierungsverantwortung. Lasst uns ein Stück innehalten, ja, und auch rückschauen im 20. Jahr des Mauerfalls.

Wir haben seit der Wende viel Zeit damit verbracht, uns über viele Dinge klar zu werden. Dabei hat die PDS den langen Anlauf zu einer bundespolitisch wirksamen Partei vielen Frauen und Männern jungen und älteren auch aus dem Westen zu verdanken. Ihr politisches Überleben aber, ihre Geschichte als Partei des Alltags, als Partei der Kümmerer, die die Belange der Menschen vor Ort ernst genommen und aufgegriffen hat, als demokratische Partei, das verdanken wir nicht zuletzt auch dem friedlichen Wendeprotest, den Forderungen nach einer radikalen Demokratisierung.

Und dieser Prozess war nicht einfach für uns – ja auch schmerzhaft in kritischer Sicht auf die DDR. Die Überwachung des eigenen Volkes, die Ausgrenzung Andersdenkender, die Zensur von Wissenschaft und Kultur, fehlende Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit waren schwere Fehler. Und es war schmerzhaft einzugestehen einem Staat verbunden gewesen zu sein, für den die soziale Frage überaus wichtig war, für die er auch viel getan und erreicht hat, der aber nicht fähig war, persönliche Freiheitsrechte zu gewährleisten. Deshalb ist es richtig, dass in unseren programmatischen Grundsätzen soziale Gerechtigkeit und die Freiheit des Einzelnen unverrückbar zusammen gehört. Und ich bin mir auch ganz sicher, dass dieser Grundsatz in der nun stattfindenden Programmdiskussion der LINKEN weiter ausgestaltet wird.

Es war ein schwieriger und bis heute schmerzlicher Prozess, uns bewusst zu machen, dass der Umgang mit Biografien, die diesen Teil der DDR-Geschichte betreffen, das Bekennen zur

eigenen Verantwortung unbedingt notwendig ist. Gleichermaßen war uns wichtig in der Auseinandersetzung, dass eine nur selektive Kenntnisnahme von Lebensläufen und Lebensleistungen und ihre Bewertung nach Maßstäben von heute, dem Umgang mit der Geschichte nicht gerecht wird.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, um „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit zu bewerten“ – ein Landtagsbeschluss von 1994 - bedarf es am Beginn einen offenen und öffentlichen Umgang mit eigener Verantwortung und eigenem Tun. Der Beschluss vom Juni 1991 zur Offenlegung früherer Tätigkeit für das MfS geht zu Recht davon aus, dass die persönliche Biografie des oder der Einzelnen nicht mehr als reine Privatsache behandelt werden kann, wenn jemand Funktionen in oder Mandate für unsere Partei anstrebt. Und es ist ein Unterschied, ob man sich im Eingeständnis eines Fehlers spät aber dann konsequent und öffentlich zu seiner Biografie bekennt, sich mit dem eigenen Tun und den Konsequenzen für andere auseinandersetzt, oder nur im Nachtrab das zugibt, was gerade an Fakten nachgewiesen wird. Auf diesem Nachtrab-Weg geht so viel an Vertrauen verloren. Vertrauen, das man braucht, um gemeinsam einen Prozess durchzustehen, in einer Fraktion, die sich aus jungen und älteren Frauen und Männern zusammensetzt, mit ganz unterschiedlichen Biografien, Lebenserfahrungen und auch Verantwortung im DDR-System. Nicht der Fakt, dass Gerd-Rüdiger Hoffmann eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hat, war Anlass für die Aufforderung der Landtagsfraktion sein Mandat niederzulegen, sondern der fehlende offene und öffentliche Umgang mit seiner Biografie bei seiner Aufstellung bzw. Wahl, aber insbesondere und besonders seit Beginn der Veröffentlichungen zu seiner Person vor drei Wochen. Es war die Chance gegeben, innerhalb von 24 Stunden Auskunft zur Aktenlage zu erhalten, das ist bis heute nicht geschehen.

Die jüngste Erklärung von Gerd-Rüdiger Hoffmann, nur dann einen Mandatsverzicht zu erwägen, wenn Kaiser und Nord von ihren Mandaten zurücktreten, zeigt, dass nach wie vor bei ihm keine Einsicht besteht zur politischen Notwendigkeit unseres Beschlusses von 1991. Und genau das ist schwierig, vor allem für unsere Glaubwürdigkeit es ernst zu meinen im Umgang mit unseren Biografien und unserer Geschichte.

Und damit verbaut er auch die Chance, in die Bewertung um seine Person und seine Biografie, auch die seit der Beendigung der Tätigkeit für das MfS vergangene Zeit zu berücksichtigen und, dass niemandem die persönliche Weiterentwicklung und der Wille zur Neuorientierung abgesprochen werden darf.

Die jetzt veröffentlichten Dokumente im Zusammenhang mit Gerlinde Stobrawa liegen insofern anders, als dass sie bereits seit ihrer Überprüfung im Jahr 1991 Kontakte mit dem MfS zugegeben hat. Das zeigen auch die jetzt veröffentlichten Unterlagen. Zugleich begründen diese Dokumente aber auch weitere Fragen. Diesen will sie sich in den Fraktionen stellen und hat ihr Amt als Vizepräsidentin sofort ruhen lassen. Sie hat ebenso erklärt, dass sie sich, wie schon 1991, einer wie auch immer gearteten Empfehlung im Rahmen des Verfahrens zur Überprüfung der Abgeordneten des Landtages nicht verweigern will.

Anrede

Die öffentliche Debatte um die DDR- und Sozialismus-Geschichte wird unübersehbar von einer politischen Strategie dominiert. Sie besteht in der Einengung des Geschichtsbewusstseins der Menschen auf die Wahrnehmung ausschließlich der repressiven Züge des DDR-Staates, wie mit der Ausgrenzung von Andersdenkenden, dem Missbrauch von Vertrauen, der mit geheimdienstlicher Tätigkeit verbunden ist.

Aber es geht auch anders, wie die Festveranstaltung des Kreistages zum 20. Jahrestag des Mauerfalls zeigte. Und es war für mich persönlich viel schwerer die Rede von Herrn Furian emotional auszuhalten, als Berichte und öffentliche Erklärungen in den letzten Tagen, wo die

DDR ausschließlich auf den Unrechtsstaat reduziert wird. Der Redner, Herr Furian, der selbst zu zwei Jahren und zwei Monaten zu Unrecht in der DDR verurteilt wurde, vermittelte sein großes Freiheitserlebnis 1989 mit der Mitwirkung am Runden Tisch in Berlin Prenzlauer-Berg. Ich möchte ihn zitieren: „Da habe ich erlebt und als sehr befreiend genossen, dass wir in dieser kurzen Phase ostdeutscher Demokratie eben keine Angst mehr vor „den Organen“ haben mussten, sondern wir konnten sie in die Schranken weisen. Meine naive Utopie war damals ein authentisches ostdeutsches Gemeinwesen – ohne die alten SED-Herrschaften, aber auch ohne den reichen Bruder aus dem Westen, der sagt, wo's langgeht. Heute lächle ich ein wenig über den romantischen Linken, der damals in mir gesteckt hat.“

Ja, wir teilen die grundlegende Erkenntnis, dass die DDR an ihren diktatorischen Strukturen, an fehlenden demokratischen und Bürgerrechten gescheitert ist. Sie scheiterte an der Unterdrückung von Wahrheit, an ihrer wirtschaftlichen Ineffizienz und auch an ihrer Ignoranz gegenüber ökologischen Problemen.

Und wir teilen die Erkenntnis, dass wir solche Verhältnisse nicht wieder haben wollen, weil wir auf dem Weg von Demokratie und Meinungsfreiheit, von sozialer und ökologischer Marktwirtschaft die Gegenwart gestalten und die Zukunft erreichen wollen. Diesen kritischen, ungeschönten Blick auf die Vergangenheit sowie Respekt und Unterstützung für die Opfer müssen wir uns erhalten.

Und nur in diesem Sinne haben wir einen klaren Schlussstrich gezogen.

Nun gibt es ja viele, besonders die CDU, für die die DDR und die Stasi Vehikel sind, mit dem der politische Gegner (DIE LINKE) und politische Konkurrent (die SPD) nieder gemacht werden können. Das ist durchsichtig und billig und es verdrängt die eigene Geschichte als Blockpartei. Platter Polemik der CDU werden wir zusammen mit den Kooperationspartnern im Kreis unsere gemeinsamen Vorhaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger entgegengesetzen.

Im Bund aber erlebten wir und erleben es wieder gerade besonders, was es heißt, wenn CDU regiert. Und welche Folgen das für unser Land hat.

550 Millionen Euro fehlen Brandenburg für den Haushalt 2010. Und zwar in der Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Schlimm genug, dass die Beseitigung der Ursachen kaum noch eine Rolle spielt. Noch schlimmer, dass die Banken schon wieder weiter machen wie bisher und den nächsten Crash schon kräftig vorbereiten.

Wie aber sollen wir nun im Land Brandenburg mit den Folgen, mit den Kosten dieser noch anhaltenden Krise zurechtkommen? Etwa durch den Steuersenkungswahn im Bund? Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, was unser Finanzminister, Helmut Markov, in der letzten Landtagssitzung treffend als „Motorabwürgungsgesetz“ bezeichnete, schlägt in Brandenburg im Jahr 2010 mit etwa 55 Millionen Euro Mindereinnahmen und im Jahr 2011 mit 81 Millionen Euro zu Buche. Begründet wird das alles damit, dass die Steuersenkungen Wirtschaftswachstum akquirieren. Aber um allein diese Steuerausfälle zu kompensieren, bräuchten wir ein jährliches Wachstum von 5 %. Und wenn alle Pläne der schwarz-gelben Koalition umgesetzt werden, wird sich das in dieser Legislatur mit insgesamt zusätzlichen 300 Millionen Euro Mindereinnahmen auf den Landeshaushalt niederschlagen.

Das gehört zur wirtschafts- und steuerpolitischen Ehrlichkeit und dazu scheuen wir nicht die politische Debatte mit der CDU hier im Kreis. Denn auch für die Kommunen wird es eng. So haben die Kommunen im Jahr 2009 mit einem Steuerrückgang von 115 Millionen Euro und im Jahr 2010 mit einem Rückgang von 45 Millionen Euro zu rechnen. Wenn das Land weniger Steuern einnimmt, erhalten auch die Kommunen über die Steuerverbundquote weniger. Die Menschen in ihren Dörfern werden die Auswirkungen spüren. Es macht überhaupt keinen Sinn, ein Konjunkturinvestitionsprogramm aufzulegen, wenn gleichzeitig die Möglichkeit notwendiger Gemeindesteuereinnahmen durch eine falsche Steuerreform zunichte gemacht wird. Das ist vollkommen kontraproduktiv.

Auf Landes- und Kreisebene müssen wir einen Spagat zustande bringen. Das heißt, wir müssen die sinkenden Steuereinnahmen plus die zusätzlich absehbaren Mindereinnahmen irgendwie kompensieren. Und das unterscheidet uns nun wahrlich von der CDU, wir wollen das nicht zu Lasten der sozial Schwächeren und von Familien.

Denn wem bringen die Steuersenkungspläne denn nun wirklich was?

Denen die viel Steuern zahlen am meisten. Denen, die kaum oder wie Niedriglöhner gar keine Steuern zahlen, bringt es nicht nur keinen Gewinn – sondern darüber hinaus spürbaren Verlust an sozialen Leistungen, an öffentlicher Daseinsvorsorge.

Und das ist das genaue Gegenteil von Gemeinsinn und Verantwortung.

Die derzeitige Krise kam zustande, weil grundlegende Werte der demokratischen Gesellschaft, des Gemeinsinns und der sozialen Verantwortung missachtet wurden. Unter diesem Vorzeichen ist Rot-Rot in Brandenburg und auch die Kooperation in Teltow-Fläming zustande gekommen. Wir schlussfolgern daraus gemeinsam, dass der moderne Sozialstaat – inzwischen arg ramponiert – jetzt endlich verteidigt werden muss, bevor er weg ist. Und den Sozialstaat verteidigen heißt auch, ihn zu erneuern.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt und seine politischen wie ökonomischen Grundlagen stärken. Wir setzen uns künftig für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. Und in Brandenburg gehen wir z. B. mit einem Vergabegesetz einen konkreten Schritt voran.

Die SPD-LINKE-Koalition bricht mit der Dumpinglohn-Philosophie des früheren CDU-Wirtschaftsministers Junghanns und ihrer Praxis. Brandenburg soll kein Billiglohnland bleiben. Deshalb steht in der Koalitionsvereinbarung „Eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft, Arbeitsplätze und auskömmliche Löhne sind Grundvoraussetzungen für Wohlstand und sozialen Frieden.“

Wir werden in Brandenburg einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) einführen um – insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose – berufliche Perspektiven sowie ein existenzsicherndes Einkommen zu schaffen.

Wie sich die CDU damit abfinden kann und will, dass es scheinbar überflüssige Menschen gibt – das wird sich mir nie erschließen. Wir sagen: Kein Mensch ist überflüssig. Nur ein erster Schritt kann zum zweiten führen!

Es geht eben nicht allein darum, Menschen im Arbeitsleben zu halten – es geht genauso darum, anderen wieder oder überhaupt erst einmal Zugang zu ausreichend bezahlter Arbeit zu ermöglichen. Das verkennt die CDU nicht nur – nein, sie verweigert sich diesem Problem! Im Bund bauen sie die Möglichkeiten für aktive Arbeitsmarktpolitik gerade ab – und hier im Land hadern sie zusätzlich noch mit jedem Cent, der für solche Belange ausgegeben werden soll!

Wir verlangen von der Bundesregierung nicht mehr und nicht weniger als die Mittel aus dem Bundeshaushalt bzw. dem Haushalt der Bundesagentur, die jetzt für passive Arbeitsmarktleistungen ausgegeben werden, für die Schaffung von Stellen zu nutzen. Also: Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für den Bund sind das keine zusätzlichen Ausgaben, sondern nichts anderes als ein Nullsummenspiel.

Anrede,

ganz klar ist also: die neue Koalition im Land und die großen Kooperationspartner im Kreis setzen deutlichere Akzente bei der Milderung und Überwindung von Armut. Und Kinderarmut ist eines der dringendsten Probleme in unserer Gesellschaft und ist wie der Sozialbericht im Kreis zeigt, längst in Teltow-Fläming angekommen. In den Städten Luckenwalde und Jüterbog und in der Gemeinde Niedergörsdorf leben 40 Prozent der Kinder von 0 bis 18 Jahren in Hartz IV. Allein die Existenz von Kinderarmut ist die schärfste Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten 20 Jahre. Wir wollen ihr entgegenwirken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Regelleistungen für Kinder nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und XII eigenständig

ermittelt werden. Darüber hinaus geht es uns um eine sachgerechte und armutsfeste Grund-sicherung für Kinder.

Wir sind uns einig:

Das beste Mittel gegen Armut und zur sozialen Integration der Gesellschaft ist gute Arbeit. Eine Schlüsselrolle ist dafür der Zugang zur Bildung.

Und wenn die vertretene Forderung nach besserer Bildung ernst gemeint ist, muss die Ein-stellung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern im Kitas Vorrang haben. Mit Überlastung, Krankenstand und Ausfall wollen und dürfen wir uns nicht weiter abfinden.

Gute Bildung für alle von Anfang an – das ist eine soziale Frage. Vielleicht, mit Blick auf die Zukunft, sogar die entscheidende soziale Frage.

Wir schlagen deswegen den Weg zu verstärkter individueller Förderung und zu längerem ge-meinsamen Lernen ein; wir trennen uns von der ungerechten Idee der frühen Aussonderung von Kindern.

Wir wollen, dass jedes Kind, das dazu befähigt ist, das Abitur ablegen kann, das Kind der Fri-seurin genauso wie das des Beamten. Junge Erwachsene ohne Ausbildung sollen den An-spruch auf eine 2. Chance erhalten und Schulabschluss oder Berufsausbildung nachholen können.

Wir werden sehr genau darauf achten, dass es soziale Chancengleichheit für alle gibt, dass niemand seiner sozialen oder auch regionalen Herkunft wegen von bestmöglicher Bildung ausgeschlossen wird. Das muss gehen, ohne, dass die Bildung nach 17 Schulgesetz-Novellen in 20 Jahren wieder zum Spielfeld institutioneller Schnellschüsse wird.

Auf den Anfang kommt es an! – sagen wir. Um die Qualität der Bildungsarbeit in den Kitas zu erhöhen, werden wir 33 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich für mehr Erzieherstellen investie-ren. Und auch in den Schulen soll es nicht nur keinen weiteren Stellenabbau bei Lehrerinnen und Lehrern geben, sondern wir werden zügig 1.250 Lehrer neu einstellen.

Schon allein mit diesen Punkten: Mindestlohn, Kampf gegen Kinderarmut, Bildung, Lehrer- und Kitastellen sind die ersten notwendigen Forderungen aus unserer Kooperationsvereinbarung im Kreis auf den Weg gebracht.

Anrede,

es liegen zwei ereignisreiche Jahre hinter uns und zu den Wahlergebnissen, zur Wahlauswer-tung wird ja nach mir noch unser Kreiswahlkampfleiter reden. Trotzdem möchte ich natürlich ganz persönlich die Gelegenheit nutzen, mich bei meinen Mitgliedern des Kreisvorstandes zu bedanken. Euer Engagement, unser solidarischer Umgang miteinander, getragen von einem guten Grundvertrauen, waren letztendlich der Garant für diese erfolgreiche Arbeit. Wie immer waren ja viele Dinge gleichzeitig zu tun, inhaltliche Arbeit, Wahlkampf, personelle Absicherung für unsere Bürgermeisterwahlkämpfe und Direktwahlkreise. Ein großes Dankeschön deshalb auch an Monika Nestler, der 1. Bürgermeisterin der LINKEN in Teltow-Fläming, an Kirsten Gurske für ihren Wahlkampf in Luckenwalde, an Hartmut Rex, Peter Dunkel, Steffen Kühne, Diana Golze und Rolf Kutzmutz für ihren couragierten Direktwahlkampf bei den Landtags- und Bundestagswahlen.

Einen besonderen Dank möchte ich aber den vielen fleißigen Wahlhelfern in unserem Wahl-team, an den vielen Info-Ständen, auf Wahltour, bei Plakatierungsaktionen aussprechen. Ohne eure Hilfe und Unterstützung wären solche Wahlergebnisse nicht denkbar gewesen.

Und das Beste hebt man sich immer zum Schluss auf, sagt man – unsere Kreistagsfraktion. Vielen Dank für die Unterstützung bei der Umsetzung unserer politischen Forderungen, für die inhaltliche Begleitung der Arbeit der Sondierungsgruppe zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung. Und dir, lieber Jürgen, du wichtiger Teil unserer Doppelspitze – von mir ganz

persönlich den Dank für deine Unterstützung und Begleitung. Ich finde, wir haben über die Doppelspitze als Partei und Fraktion und auch ganz persönlich auf eine qualitativ neue Art der Verlässlichkeit und inhaltlichen Geschlossenheit gefunden.

Anrede,  
worauf kommt es zukünftig an:

### **1. Zur Mitgliedergewinnung und zum Generationenwechsel**

Für jede Partei – auch für uns – ist es von existenzieller Bedeutung neue, und vor allem junge Mitglieder zu gewinnen. Und während in Wahlkampfzeiten interessierte Menschen oftmals in Eigeninitiative zu uns stoßen, stehen jetzt wieder ruhigere Zeiten an, wo wir unser Mitgliederprojekt deutlich mit Leben erfüllen müssen.

Der heute neu gewählte Kreisvorstand sollte so schnell wie möglich eine Arbeitsgruppe Mitgliederbewegung bilden, Regionalverantwortliche benennen und Neumitgliedertreffen auf Kreisebene organisieren. Ich denke, dass wir über genügend eigene Potenziale beispielsweise in der Kreistagsfraktion verfügen, um diese auch personell abzusichern. Darüber hinaus haben wir ja mit Maritta einen guten Draht zur Bundesgeschäftsstelle.

Die 37 Neueintritte in den letzten zwei Jahren bestärken uns darin, dass die persönlichen Aktivitäten und Kontakte eines jeden – ob in Mandaten oder in Funktionen der Partei – in der Familie, oder im Wohn- und Arbeitsumfeld Ausschlag dafür geben, ob und dass sich Frauen und Männer für DIE LINKE entscheiden. Lasst uns von diesem Parteitag aus, mit noch stärkerem Elan an diese Aufgabe gehen, unser Mitgliederprojekt ist eine vordringliche Aufgabe.

Und lasst mich noch etwas zum notwendigen Generationswechsel in Funktionen und Mandaten der LINKEN sagen. Wie heißt es so schön, nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir müssen deshalb schon heute an die personelle Entwicklung unserer Landtagsdirektmandate, besonders im Wahlkreis 23 und 25 denken. Es wäre schön, wenn wir über konkrete Projekte unsere jungen Leute im jeweiligen Wahlkreis jetzt schon öffentlich bekannter machen können. Das trifft auch in Vorbereitung der nächsten Kommunalwahlen zu. Vor der Kreistagsfraktion steht dann die Verjüngung und personelle Neuaufstellung in den Wahlkreisen an. Und das müssen wir heute vorbereiten. Zu Steffen Kühne sollten wir unbedingt engen Kontakt halten, es wäre wirklich schön, wenn er uns auch 2013 wieder zur Seite stehen könnte und wenn es dann mit einem guten Wahlergebnis zum LINKEN-Bundestagsdirektmandat führt.

Mit der heutigen Tagung werden wir auch in den Kreisvorstand neue und junge Mitglieder wählen. Ich freue mich darüber, dass unsere erfahrenen Genossen ihnen für die nächsten zwei Jahre eng zur Seite stehen. Deshalb hat der Kreisvorstand beschlossen, der heutigen Tagung die Empfehlung zu geben, den Kreisvorstand von 18 auf 24 Mitglieder aufzustocken. Wir müssen den Generationswechsel in den nächsten zwei Jahren auch im Kreisvorstand schaffen.

### **2. Zur Finanzarbeit**

Die Finanzarbeit im Kreisverband ist sehr eng mit der Gewinnung neuer Mitglieder verbunden. Eine solide Finanzarbeit braucht eine solide Mitgliederstruktur. Unsere Neueintritte und Zuzüge haben zwar 2007 und 2008 die Sterbefälle und Wegzüge kompensiert, aber für 2009 werden wir das nicht einschätzen können. Im Jahr 2008 hatten wir Einnahmen von 83.700 Euro aus Beiträgen und Spenden geplant. Erreicht wurden 94.905,24 Euro. Wir haben ein durchschnittliches Beitragsaufkommen je Mitglied und Monat von 16,27 Euro und liegen damit im oberen Drittel des Landesdurchschnitts.

2009 werden wir nicht diese Ergebnisse erreichen. Natürlich hat das mit den Wahlkämpfen zu tun. Ihr habt ja die Informationen der Schatzmeisterin im Tagungsmaterial. Wir werden also in den nächsten Jahren wieder ansparen und Rücklagen bilden.

Ich möchte allen Basisgruppen und den Mandatsträgern der LINKEN danken, die mit ihrem Beitrag und ihrer Mandatsträgerspende eine sichere Grundlage für unsere politische Arbeit gelegt haben. Wir sollten ab 2010 unsere Vereinbarung mit der Kreistagsfraktion erneuern.

Es gehört zu einer soliden Finanzarbeit, dass wir in allem was wir tun, einen ausgeglichenen Haushalt sichern. Wenn Einnahmen nicht kommen, müssen Vorschläge her, um Ausgaben zu reduzieren. Das uns das gelingt und der Kreisvorstand zeitnah über solche Entwicklungen ins Bild gesetzt ist, daran hat unsere Schatzmeisterin, Brigitte Paul, einen großen Anteil. Und ich spreche da sicherlich auch in Brigittes Namen, dass unserer Christa Wetzel für ihre große Unterstützung ebenfalls ein großer Dank gebührt. Aber auch die finanzpolitisch solide Arbeit der Kreisfinanzrevisionskommission unter Leitung von Christa Schubert darf an dieser Stelle nicht vergessen werden.

In den Finanzplänen 2008 und 2009 haben wir das Verhältnis von Geschäftsbetrieb zur politischen Arbeit gegenüber 2007 umgedreht. Und das ist auch gut so. Dieser Frage wird der Kreisvorstand auch in seiner zukünftigen Arbeit große Aufmerksamkeit schenken. Denn es ist klar, dass beide Haushaltsstellen sehr eng miteinander verbunden sind. Eine große Ausgabenstruktur im Geschäftsbetrieb schmälert die Möglichkeiten der politischen Arbeit. In Anbetracht der Mitgliederentwicklung ist eines auch klar und wird die Arbeit des Kreisvorstandes bestimmen, in realistischer Betrachtung bedeutet die finanzielle Absicherung der vor uns liegenden Aufgaben für 2010 und 2011:

- ein höheres Beitragsaufkommen bzw. satzungsgerechte Beitragszahlung
- die Aktivierung der Spendentätigkeit und die
- Senkung der Kosten.

### **3. Zur bevorstehenden Programmdiskussion und weiteren Reform unserer Strukturen**

Die Ziele und Aufgaben zu diesem Schwerpunkt unserer Arbeit sind klar, liebe Genossinnen und Genossen. Es geht um die Schaffung

- eines hohen Maßes an programmatischer und politisch-strategischer Übereinstimmung als Grundlage gemeinsamen Handelns
- die Sicherung der LINKEN als Wählerpartei auf allen Ebenen und der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit
- den Ausbau außerparlamentarischer Netzwerke und Kampagnenfähigkeit
- die Organisation einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit
- die Sicherung effektiver Kommunikationsstrukturen nach innen und zum Landesvorstand
- die Qualifizierung der Arbeit des Kreisvorstandes und seiner Geschäftsstelle.

Der Kreisvorstand wird sich dieser Aufgabe neu stellen. Was bereits gut klappt, ist, dass wir über unseren großen E-Mail-Verteiler den Kreisvorstand, die Kreistagsfraktion, Gebiete, Stadt- und Gemeindefraktionen schnell mit aktuellen Informationen versorgen. Und das sowohl für Sofortinformationen vom Landesvorstand aber auch innerhalb unseres Kreisverbandes. Gerade das wird auch in der aktuellen Diskussion als wohltuend, aber auch notwendig empfunden. Es ist ein großer Vorteil, wenn unsere Multiplikatoren nicht erst aus der Zeitung von bestimmten Situationen und Zuspitzungen erfahren. Das werden wir beibehalten und weiter ausbauen. Reserven gibt es in der Arbeit der Kreisgeschäftsstelle, vor allem in der Kommunikation mit den Gebieten und als Ansprechpartner für die Öffentlichkeit, aber auch bei der Absicherung eines ehrenamtlichen Geschäftsdienstes. Auch damit sollte sich der Kreisvorstand in der nächsten Zeit beschäftigen. Es ist notwendig unserem Kreisgeschäftsführer mehr Unterstützung zu geben, denn wer nur halbwegs die Arbeit von Manfred mitbekommt die er wegträgt

als Kreisgeschäftsführer und Wahlkampfleiter, wird mir darin sicherlich zustimmen. Lieber Manfred, du sprichst ja erst nach mir, aber lass dir an dieser Stelle schon jetzt ein großes Dankeschön sagen.

#### **4. zur Politischen Bildungsarbeit**

Der Kreisvorstand beschäftigte sich auch mit der Bildungsarbeit im Kreis. Vor allem ging es um den Anspruch, inhaltliche Schwerpunkte zu benennen, um ein hohes Maß an inhaltlicher Übereinstimmung als Grundlage gemeinsamen Handelns zu erreichen. Die Vorbereitung und Auswertungsveranstaltungen mit den Delegierten der Bundes- und Landesparteitage waren dabei sehr hilfreich. Aber auch, dass wir in dieser Legislatur mit den Kommunalwahlen, Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Bürgermeisterwahlen diverse Wahlkämpfe zu bewältigen hatten, die immer einen größeren Druck bewirken, um sich inhaltlichen Fragen tiefgründiger und über einen längeren Zeitraum zuzuwenden.

In allen Gebieten finden Bildungsveranstaltungen statt – wenn auch sporadisch und oftmals mit geringer Teilnehmerzahl.

Die inhaltlichen Angebote verbunden mit öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen des Kreisvorstandes wie zur Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik sollten noch viel stärker als Qualifizierungs- und Bildungsangebote der Abgeordneten und Funktionsträger der LINKEN genutzt werden. Zukünftig wird es darauf ankommen, der Bildungsarbeit im Kreis noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Liebe Genossinnen und Genossen, ihr merkt schon, auch ohne Wahlkämpfe stehen vor uns nicht weniger Aufgaben.

#### **5. Öffentlichkeitsarbeit**

Liebe Genossinnen und Genossen, alles was nicht öffentlich wird, hat nicht stattgefunden. Und dabei wissen wir, dass das, was öffentlich wird, nicht alles ist, was stattfindet. Ich weiß nicht, wie die Quote bei Spitzenpolitikern anderer Parteien hier in der Region ist, zu dem, was sie bringen und was dann davon erscheint. Ich kann euch nur sagen, dass wir aktiver sind, als man in der Presse lesen kann. Geärgert habe ich mich über die Presseveröffentlichung zu den zukünftigen Beigeordneten des Kreises. Noch bevor überhaupt das Auswahlverfahren abgeschlossen ist, werden Namen in die Öffentlichkeit gebracht. Wir haben uns dazu nicht geäußert und werden das auch nicht tun, bis der Landrat seinen Vorschlag unterbreitet. Laut Kommunalverfassung sind die Stellen der Beigeordneten auszuschreiben und nur nach fachlicher Eignung darf ihre Einstellung entschieden werden. Das wird am 14. Dezember 2009 im Kreistag passieren und ich denke, dass der Landrat vorher den Fraktionen seinen Vorschlag unterbreitet. Unabhängig davon, ob sich Kirsten Gurske beworben hat oder nicht, fand ich den Umgang der hiesigen Presse bezeichnend, die Kirsten Gurske als „unbeschriebenes Blatt“ betiteln. Wäre die Presse auch nur zu einer Veranstaltung mit der Bürgermeisterkandidatin der LINKEN für Luckenwalde gekommen, hätte sie Blätter über ihre Sachkompetenz in Veranstaltungen zur Bildung, zum Tourismus und zur Wirtschaftsförderung füllen können. Dass man nach 20 Wochen Bürgermeisterwahlkampf ihren Namen nicht richtig schreiben konnte, macht das deutlich. Lasst mich an dieser Stelle bei dem 14. Dezember noch etwas verweilen.

Wir haben bereits auf unserem Novemberparteitag 2008 den Fahrplan – die Herangehensweise – für eine mögliche Zusammenarbeit oder Kooperation auf Kreisebene besprochen. Grundlage war unser Wahlprogramm, wo wir uns für einen Politikwechsel im Kreis ausgesprochen und dafür inhaltliche Vorhaben und Projekte benannt haben.

Folgerichtig haben wir **erstens** gesagt, dass für uns inhaltliche Schnittmengen und das Benennen konkreter Projekte und Vorhaben im Vordergrund stehen. Unsere Glaubwürdigkeit werden wir nicht wegen eines Personalpokers aufs Spiel setzen. Wir wollten in Sondierungs-



gesprächen zunächst in aller Ruhe abklären, wie weit sich die inhaltlichen Schnittmengen, die sich aus den Wahlprogrammen zwischen SPD und uns zweifelsfrei herauslesen lassen, auch in gemeinsam getragene Projekte übertragen lassen.

Wir haben für diese inhaltliche Arbeit durch den Kreisvorstand bereits im November 2008 eine Arbeitsgruppe beschlossen mit Maritta Böttcher, Ralph Krech, Jürgen Akuloff und mir und uns vorbehalten weitere Personen hinzuzuziehen. Lieber Dirk Hohlfeld, danke für die engagierte Mitarbeit im letzten, nicht ganz einfachen Teil.

Wir haben uns **zweitens** verständigt, dass Personalfragen mit der SPD erst nach den inhaltlichen Sondierungen thematisiert werden, die wir bereits im November 2008 mit der Terminstellung Landtagswahlen verbunden haben.

Das war nicht immer leicht durchzuhalten, zumal sich die Zusammenarbeit bis zu den Landtagswahlen auf die Arbeit im Kreistag beschränkte und nur ein Sondierungsgespräch im März mit der SPD in dieser Zeit stattfand. Die Arbeit an der Vereinbarung wurde durch uns maßgeblich initiiert und befördert.

**Drittens** haben wir bereits im November vergangenen Jahres die Frage Direktwahl des Landrates erörtert. Lasst mich an dieser Stelle daran erinnern, dass die Direktwahl der Landräte in Brandenburg schon 2009 an der fehlenden gesetzlichen Mehrheit im Landtag gescheitert ist und SPD und CDU diese verhindert haben. Das führte zu einer Volksinitiative der FDP im Land, die mit so wenig Stimmen bedacht wurde, dass das Quorum von 20.000 Stimmen nicht nur nicht erreicht wurde, um erneut eine Debatte im Landtag zu erzwingen, sondern auch so gering war, dass keine öffentliche Übergabe der Unterschriften beim Landtagspräsidenten erfolgte.

Wir haben in unserem Kommunalwahlprogramm keine Aussage zur Frage Direktwahl des Landrates. Wir haben deshalb auf unserem Novemberparteitag gesagt, „wir sind keine Dogmatiker“. „Wenn ein Politikwechsel möglich ist und dieser inhaltlich gelebt wird im vertrauensvollen Miteinander, nimmt man uns dann ab, einen Politikwechsel nicht zu tun, weil beispielsweise ein gemeinsamer Landratskandidat Giesecke in Direktwahl und nicht durch die Wahl im Kreistag gewählt werden soll?“

Wir haben für uns festgestellt, dass Glaubwürdigkeit der Anspruch an unsere Arbeit ist und, dass diese sich für uns streng inhaltlich begründet.

Insofern haben wir Euch guten Gewissens die Kooperationsvereinbarung auf unserem Sonderparteitag am 24. Oktober empfohlen. Sie trägt nicht nur die Handschrift der LINKEN, sondern benennt konkrete Projekte und Vorhaben aus unserem Kreiswahlprogramm.

Und wenn jetzt die CDU am 14. Dezember mit einem Antrag zur Direktwahl des Landrates kommt, kann ich nur schmunzeln. Nicht nur deshalb, weil sie anderswo im Land in Koalition mit der SPD genau das Gegenteil macht. Wer wie die CDU an LINKE und FDP heranträgt, dass es auch andere Mehrheiten im Kreistag gibt und man bereit wäre selbst eine Landrätin der LINKEN zu wählen, ist in dieser Angelegenheit ungläubwürdig. Und dabei rede ich noch nicht einmal darüber, dass vom 14. Dezember bis zu einer notwendigen Direktwahl spätestens im Januar keine Zeit für ernsthafte Landratskandidaturen, ihren Nominierungen und Wahlkampfauftritten ist. Warum also, Herr Eichelbaum, wurde die Direktwahl nicht schon früher beantragt?

Aber zurück zur Öffentlichkeitsarbeit. Wir sollten uns auch in Zukunft auf unsere Stärken besinnen – darauf, was uns in den Jahren seit 1990 besonders wichtig war: Der Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir haben keinen Grund, von der bewährten Form des Infostandes abzulassen. Wir standen sowieso nicht nur zu Wahlen auf den Märkten in Jüterbog, Ludwigsfelde, Blankenfelde, Rangsdorf, Zossen und Luckenwalde. Wir machten auch nicht nur Halt bei den Bürgermeistern, sondern gingen in die Straßen und auf den Dorfanger.

Öffentliche Sprechstunden an Markttagen und Landtouren mit Kreis- und Mandatsträgern der Ortsebene sollten uns auch in wahlkampffreien Jahren wichtig sein.

Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört aber auch die Kommunikation nach innen. Mit unserer Mitgliederzeitung „*LinksBlick*“, gelingt uns immer besser eine zeitnahe aktuelle Information und Verständigung zu wichtigen Themen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Sie erfreut sich wachsender Beliebtheit – auch per E-Mail – und wir haben hier einen erheblichen Qualitätssprung gemacht. Ich möchte mich besonders bei euch liebe Tina, Petra, Marianne, Steffen, Christa, Rainer, Felix und Ingrid bedanken.

Diese Arbeit wird auch im neuen Vorstand einen wichtigen Platz haben.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.